

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Sven-Christian Kindler, Ekin Deligöz, Anja Hajduk, Dr. Tobias Lindner, Katja Dörner, Oliver Krischer, Luise Amtsberg, Kerstin Andreae, Margarete Bause, Dr. Anna Christmann, Katharina Dröge, Harald Ebner, Matthias Gastel, Stefan Gelbhaar, Ottmar von Holtz, Dieter Janecek, Maria Klein-Schmeink, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Renate Künast, Markus Kurth, Sven Lehmann, Steffi Lemke, Dr. Irene Mihalic, Claudia Müller, Beate Müller-Gemmeke, Filiz Polat, Tabea Rößner, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Manuela Rottmann, Corinna Ruffer, Manuel Sarrazin, Dr. Gerhard Schick, Stefan Schmidt, Kordula Schulz-Asche, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Margit Stumpp, Markus Tressel, Daniela Wagner, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung

– Drucksachen 19/1700, 19/1701, 19/2424, 19/2425, 19/2426 –

Entwurf eines Gesetzes

**über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018
(Haushaltsgesetz 2018)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Koalition aus CDU, CSU und SPD ist bereits nach etwas mehr als 100 Tagen durch tief sitzende Konflikte lahmgelegt. Dabei hatte keine andere Koalition zu Beginn ihrer Amtszeit eine so gute Ausgangslage: 46 Mrd. Euro zusätzlich stehen für die Regierungszeit für neue Projekte zur Verfügung. Statt nun aber mit einer gemeinsamen, stringenten Agenda die zentralen Herausforderungen anzugehen, bleibt es bei einem Sammelsurium von Klientelpolitik. Die Koalition aus CDU, CSU und SPD versinkt im Chaos. Die CSU und Teile der CDU haben den proeuropäischen Konsens der demokratischen Parteien in Deutschland verlassen und versuchen, diese Regierung weit nach rechts zu schieben.

Der Koalition fehlt von Beginn an der Wille zur echten Zusammenarbeit. Diesen Unwillen konnte sie nicht überwinden. Das erweist sich als gravierende Hypothek für die Regierung. Statt Prioritäten zu setzen, wird das Geld im Haushalt mit der Gießkanne verteilt. Diese Regierung ist schon jetzt überholt. Die Große Koalition ist ein Modell der Vergangenheit.

Der Haushalt 2018 ist ein Haushalt ohne Zukunft. Finanzminister Olaf Scholz scheut mutige Entscheidungen und gestaltet daher im Haushalt nicht. Der SPD-Vizekanzler verwaltet den Status quo von Dr. Wolfgang Schäuble einfach weiter. Weder stärkt der Haushalt den gesellschaftlichen Zusammenhalt noch trumpft er bei Zukunftsinvestitionen und beim Klimaschutz auf. Das ist ein müdes „weiter so“, aber sicher kein Aufbruch – kein Politikwechsel, kein Gestaltungsanspruch im Finanzministerium.

Die Bundesregierung provoziert Auseinanderdriften der EU

Teile der Bundesregierung haben sich von der gemeinsamen europäischen Idee verabschiedet. Mit der unsäglichen Diskussion um die Schließung der deutschen Grenze, und damit um das faktische Ende des Schengenraums, hat die CSU gezeigt, dass sie Willens ist, für ihre eigene politische Agenda die Europäische Union zu opfern. Die Zukunft Europas droht durch die populistischen und teils nationalistischen Angriffe der CSU ins Wanken zu geraten. Anstatt konstruktiv mit Frankreich an Konzepten zu arbeiten, welche die Wirtschafts- und Währungsunion für alle Mitgliedstaaten zukunfts- und krisenfester, aber auch solidarischer und demokratischer machen, setzt sie in der Flüchtlingsfrage auf nationale Alleingänge und bringt damit das Friedens-, Wohlstands- und Einigungsprojekt EU in Gänze in große Gefahr.

Gleichzeitig hat sich die Bundesregierung viel zu lange Zeit gelassen, um auf die Vorschläge von Emmanuel Macron und von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine Antwort zu geben. Der Beschluss von Meseberg ist die längst überfällige Positionierung Deutschlands. Die grundsätzliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ist ein wichtiges Signal an Europa. Dennoch ist der andauernde Kampf zwischen den Europa-Verweigerern und den Pro-Europäern in der Regierung kein verlässliches Angebot an die europäischen Partner. Die vordergründige Reformbereitschaft des Meseberg-Beschlusses täuscht weder über weiterhin bestehende Uneinigkeiten bei der konkreten Ausgestaltung der Maßnahmen noch über die mangelnde Bereitschaft, die europäischen Institutionen und damit die Demokratie in Europa zu stärken, hinweg. Den nötigen Befreiungsschlag liefert der Meseberg-Beschluss daher nicht.

Die Vorschläge bleiben auf halber Strecke stehen. Das Merkel'sche Zaudern verhindert die notwendige Stabilisierung Europas. Alte Konstruktionsmängel der Wirtschafts- und Währungsunion werden nicht beseitigt. Die EU wird nicht wirksam gegen zukünftige ökonomische Krisen geschützt. Der angekündigte Umbau des ESM zu einem Europäischen Währungsfonds zeugt weiterhin von einem Denken, das von kleinteiligen Egoismen geprägt ist und aus den Fehlern der Vergangenheit viel zu wenig gelernt hat. Ein neues Vorsorgeinstrument, das – wie von Merkel und Macron vereinbart – allein wirtschaftlich und finanzpolitisch soliden Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen soll und Kredite nur gegen sozial bedenkliche Reformen gewährt, ergibt wenig Sinn. Und die anvisierte Renationalisierung der ESM-Strukturen höhlt letztlich die europäische Souveränität aus. Ein neues und starkes europäisches Gemeinschaftsgefühl entsteht so nicht. Auch das angekündigte Investitionsbudget leistet keinen substantiellen Beitrag zur Stärkung der Eurozone. Das Volumen im niedrigen zweistelligen Milliardenbereich ist von vornherein zu klein. Allein in Deutschland besteht auf kommunaler Ebene ein Investitionsrückstand von 126 Mrd. Euro.

Die Bundesregierung muss für den Zusammenhalt Europas deutlich mehr tun. Für Europa braucht es Mut und Willen, die Zukunft der Gemeinschaft zu gestalten. Es braucht den Mut für mehr Europäische Integration und den Willen, die Wirtschafts- und Währungsunion endlich krisenfest zu machen. Die Vollendung der Bankenunion, die Einrichtung eines demokratisch durch das EU-Parlament kontrollierten Europäischen Währungsfonds und eine Investitionsoffensive für Europa müssen nach vorne gestellt und angegangen werden.

Die fetten Jahre gehen vorbei

Die aktuell gute Lage im Bundeshaushalt blendet über viele Probleme in der Substanz hinweg. Die Haushaltsspielräume sind das Nebenprodukt der historisch einmaligen Niedrigzinsphase und fehlender Investitionen. Zusätzlich werden Kosten auf die Sozialversicherungen abgewälzt. Die brummende Konjunktur erzeugt gute Steuereinnahmen und die niedrigen Zinskosten haben den Staatshaushalt seit 2008 um 162 Mrd. Euro entlastet. Damit hat Mario Draghi deutlich mehr für den ausgeglichenen Haushalt geleistet als der ehemalige und der aktuelle Bundesfinanzminister, Dr. Wolfgang Schäuble und Olaf Scholz. Mit Einnahmen aus dem so genannten Disagio hat die Bundesregierung seit 2013 17 Mrd. Euro vereinnahmt. Diese milliardenschweren Einnahmen führen zu höheren Zinsausgaben gleicher Größenordnung in den Folgejahren. Es handelt sich letztlich um eine Verschiebung von Zinslasten in die Zukunft. Die ist nicht generationengerecht.

Ändert sich das Zinsniveau sieht es ganz schnell anders aus. Auf eine Zinswende folgt im Regelfall ein Einbruch der Konjunktur. Die Steuereinnahmen sinken, die Zinskosten steigen wieder. Dafür muss Vorsorge getroffen werden. Stattdessen erfreut sich der Finanzminister an der glänzenden Fassade und übersieht die drohenden Löcher im Fundament. Schlimmer noch: Er bohrt die Löcher noch auf, statt sie zu verschließen. Bestes Beispiel dafür ist der Abbau des Solidaritätszuschlages ohne eine gerechte und dauerhafte Gegenfinanzierung. Das reißt ein zweistelliges Milliardenloch in den Haushalt.

Auch das Baukindergeld wird vor allem höheren Einkommen dienen, ist milliardenschwer und nicht dauerhaft gegenfinanziert. Überhaupt sind viele Koalitionsprojekte so angelegt, dass sie erst zum Ende der Wahlperiode ihre volle Kostenwirkung entfalten. Das dicke Ende kommt ab 2022 und fällt der nächsten Regierung auf die Füße. Auch die fehlenden Investitionen belasten zukünftige Haushalte. Eine regelmäßige Wartung unserer Infrastruktur kostet weniger als Sanierung oder komplette Instandsetzung. Die Investitionsquote ist aber im freien Fall; im Jahr 2021 beträgt sie nur noch 9,6 Prozent. Schnelles Internet, gute Bildungsinfrastrukturen, einen funktionierenden ÖPNV und bezahlbare Wohnungen gibt es so nicht. Das ist keine nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik.

Der neue Finanzminister Olaf Scholz schafft damit strukturelle Probleme im Haushalt in einer guten konjunkturellen Lage. Die Lösung dieser Probleme wird der Nachfolgerregierung und im Besonderen der Bevölkerung vor die Füße gekippt. Um den Haushalt auf ein besseres, nachhaltiges Fundament zu stellen, braucht es den systematischen Abbau umweltschädlicher Subventionen, ein hartes Controlling bei Großprojekten, eine Kürzung unsinniger Ausgaben, eine Steigerung der öffentlichen Investitionen und eine Verbesserung der Einnahmeseite. So werden Spielräume frei für mehr soziale Gerechtigkeit, für echten Klimaschutz und eine effektive Friedenspolitik.

Klimakrise und Artensterben – Das Wichtigste wird totgeschwiegen

Um den Schutz unseres Klimas und unserer Umwelt hat sich in der Koalition aus CDU, CSU und SPD ein Schweigekartell gebildet. Als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt zählt Deutschland zu den Mitverursachern der Klimakrise und trägt damit, wie auch die anderen Industrienationen, eine besondere Verantwortung für den Klima- und Umweltschutz – national wie international. Während sich Klimakrise, Artensterben und Plastikvermüllung ungebremst fortsetzen, gibt der Haushalt für diese Herausforderungen des Jahrhunderts keine neuen Antworten. Die nationalen, europäischen und internationalen Klima- und Biodiversitätsziele werden krachend verfehlt. Ein simples „weiter so“ führt zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Diese dramatische Situation ignoriert die Bundesregierung einfach.

Weiterhin fördert die Bundesregierung nicht die Klimarettung, sondern die Klimazerstörung mit Milliardensubventionen. Mit über 50 Mrd. Euro jährlich wird eine klima- und umweltschädliche Produktion gefördert. Das fängt bei der Subventionierung von

Diesel und schweren Dienstwagen an, geht über die Förderung der Flugindustrie bis zur Subventionierung von Plastiktüten. Diese Subventionen zerstören unsere Lebensgrundlagen und kosten sehr viel Geld. Jetzt ist die Zeit, um sie abzubauen. Das ist gut für den Haushalt und das Klima. Denn mit den frei werdenden Mitteln kann in den öffentlichen Nahverkehr, erneuerbare Energien und gut gedämmte Häuser investiert werden. Auch international duckt sich die Bundesregierung weg. Längst gegebene Zusagen hält sie nicht ein. Bereits 2009 in Kopenhagen hat sie 10 Mrd. Euro für den internationalen Klimaschutz versprochen. Die internationale Staatengemeinschaft wartet darauf bis heute. Um die nationalen und internationalen Zusagen zu erfüllen und die Klimaziele von Paris nicht bereits jetzt ad absurdum zu führen, braucht es eine deutlich größere Anstrengung.

Verkehr Straßenbauwahnsinn statt Verkehrswende

Verkehrsminister Scheuer setzt die verkehrs- und klimapolitische Geisterfahrt seiner CSU-Vorgänger weiter fort. In den nächsten Jahren pumpt Verkehrsminister Scheuer unbeirrt Milliarden in den Neubau und Ausbau von Straßen – für den Schienenverkehr sind hingegen eine halbe Milliarde Euro weniger vorgesehen. Die Mittel für den Radverkehr stagnieren. So wird der Verkehrsbereich die Klimaschutzziele krachend verfehlen. „Verkehrswende“ ist für den Minister ein Schimpfwort. Mit moderner und klimafreundlicher Mobilität will er sich nicht beschäftigen. Seine Antwort auf die großen Probleme mit schmutziger Luft in unseren Städten, die marode Infrastruktur des Nahverkehrs und die Strukturprobleme bei der Deutschen Bahn lautet: mehr Geld für die Straße, mehr Geld für die Privatisierung von Autobahnen über Öffentlich-Private-Partnerschaften bei gleichzeitig stagnierenden und sinkenden Ansätzen beim Nahverkehr, beim Radverkehr und bei der Schiene. Das ist Verkehrspolitik aus dem letzten Jahrhundert.

Gerechtigkeit – Der Zusammenhalt ist gefährdet

10 Mrd. Euro jährlich kostet der geplante Abbau des Solidaritätszuschlags. Das ist ca. ein Viertel des gesamten Haushaltsspielraums für die Regierungszeit. Gleichzeitig tendiert die Wirkung dieser Maßnahmen für Menschen mit geringem Einkommen gegen Null. Wer mit Mindestlohn Vollzeit arbeitet, hat davon nichts. Eine Krankenschwester hat davon etwa 20 Euro im Monat. Stark begünstigt werden hingegen die einkommensstärksten 20 Prozent. Eine zielgenaue Unterstützung von kleineren Einkommen oder gar die Bekämpfung von Armut ist das nicht. Die wenigen auffindbaren Ansätze sind entweder noch nicht finanziell abgesichert oder schlichtweg mit zu wenig Geld hinterlegt, so dass entscheidende Verbesserungen für Menschen, die arm oder von Armut bedroht sind, nicht erwartet werden können. Das gilt etwa für den Kinderzuschlag oder das Bildungs- und Teilhabepaket. In der Rente droht Stillstand. Ob und wann die für arme Rentner*innen wichtige Grundrente kommt bleibt unklar. Die strukturelle Unterfinanzierung der Jobcenter wird nicht beseitigt und die Regelsätze sichern weiterhin die soziokulturelle Teilhabe nicht ab. Statt in unserer reichen Gesellschaft Armut wirksam zu bekämpfen, verteilt die Koalition die Milliarden mit der Gießkanne und im Fall der Mütterrente II auch noch ohne solide und gerechte Finanzierung. Nach den Plänen der Koalition bleiben arme Kinder arm und arme Rentner*innen auch. So nimmt die Regierung die Spaltung der Gesellschaft weiter in Kauf, statt Wege aus der Armut zu schaffen. Es braucht eine Offensive für Gerechtigkeit.

Sozialen Wohnungsbau deutlich stärken

Statt gezielt in die Zukunft und den sozialen Zusammenhalt zu investieren, verteilt die Koalition aus CDU, CSU und SPD Milliarden für das Baukindergeld an diejenigen, die ohnehin in der Lage sind Eigentum zu erwerben. Dadurch wird sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt in unseren Städten weiter verschärfen.

Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau müssen dringend auf 2 Mrd. Euro pro Jahr erhöht werden. Entscheidend ist, dass nicht länger jährlich tausende von Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen und verloren gehen. Es braucht einen gemeinnützigen Wohnungsmarkt, der garantiert, dass öffentlich geförderte Wohnungen gemeinnützig bleiben. Deshalb soll eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit eingeführt werden, damit bleiben Wohnungen dauerhaft bezahlbar und sozial gebunden.

Bildung, Wissenschaft und Forschung stärken

Die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung sind wichtige Zukunftsinvestitionen und ein zentrales Gerechtigkeits Thema, denn sie sichern gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie wirtschaftlichen Wohlstand und sind essentiell für die Chance auf Weiterentwicklung jedes und jeder Einzelnen. Die schwarz-rote Koalition jedoch setzt falsche Prioritäten und lässt den Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag im Haushalt 2018 kaum Taten folgen. Ob berufliche Aufstiegsfortbildung oder BAföG, ob Berufsschulen oder Ganztagschulen: Die Reformen sind halbherzig, unzureichend oder werden auf das Ende der Wahlperiode aufgeschoben.

Das Problem der mangelnden Grundfinanzierung der Hochschulen bleibt genauso ungelöst wie die unzureichende Bildungsgerechtigkeit entlang der gesamten Bildungskette. Bei der steuerlichen Forschungsförderung verheddert die große Koalition sich im Streit, statt schnell und unbürokratisch kleinere und mittlere Unternehmen zu fördern. Statt die Infrastrukturen des Wissens und der Forschung für den gesellschaftlichen Wandel angemessen zu fördern und sich dem 10,5-Prozent-Ziel zu nähern, versenkt die Regierung Steuergelder in schlecht geplanten und begleiteten Großprojekten wie FAIR, ITER oder den atomaren Stilllegungs-Projekten.

Stärkung der Kommunen notwendig – Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge schaffen

Im Koalitionsvertrag werden an mehreren Stellen die „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ in Deutschland beschworen – konkrete Lösungsansätze für die strukturellen Probleme der Kommunen liefert die Koalition jedoch nicht. Antworten, etwa auf Fragen des Erhalts der kommunalen Infrastruktur, des Abbaus von Altschulden und der vielerorts anwachsenden Sozialausgaben, bleiben aus. Um dem Ziel, gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland näherzukommen, will die Koalition stattdessen zunächst eine Kommission einsetzen, die erst bis Mitte 2019 konkrete Vorschläge erarbeiten soll. Im Haushalt 2018 findet sich hierzu allerdings kein einziger Euro.

Integration qualitativ besser machen

Die Integration der zahlreichen Geflüchteten, die hier in Deutschland Schutz gefunden haben, ist und bleibt eine der größten gesellschaftspolitischen Aufgaben dieser Legislaturperiode – und darüber hinaus. Statt sich um die Menschen, die in Deutschland eine neue Heimat finden wollen, zu kümmern, führt Heimatminister Seehofer lieber Phantomdebatten über Abschottung gegen Geflüchtete. Das zeigt sich auch im Haushalt. Die Integrationskurse bleiben unterfinanziert. Dabei nimmt das Erlernen der deutschen Sprache eine Schlüsselfunktion ein.

Die Arbeit des BAMF muss qualitativ verbessert werden. Neben einer bedarfsgerechten Personalausstattung muss die qualitative und rechtsstaatliche Erfüllung der Aufgabe in Strukturen, Prozessen und Verfahren umgesetzt werden. Ein Pilotprojekt von BAMF und UNHCR hat gezeigt, dass eine flächendeckende, unentgeltliche, fachlich qualifizierte und unabhängige Asylverfahrensberatung vor der Anhörung beim BAMF das Asylverfahren erheblich verbessern würde. Dies gilt es nun umzusetzen.

Frieden – Aufrüstung schafft keinen Frieden

Nach der Planung der Koalition aus CDU, CSU und SPD sollen die Ausgaben in keinem anderen Bereich so stark steigen wie bei der Bundeswehr. Bis 2021 will diese Bundesregierung die Mittel für die Bundeswehr um mehr als ein Drittel im Vergleich zu 2013 steigern. Die beiden Ministerien, die über Instrumente für die zivile Konfliktprävention und -bearbeitung verfügen – das Auswärtige Amt und das Entwicklungsministerium – werden im gleichen Zeitraum deutlich weniger Geld zur Verfügung haben und in der Finanzplanung absinken. Damit hält die Koalition nicht mal ihr eigenes Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, die Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (sog. ODA-Quote) und für Militär eins zu eins zu steigern, ein. In einer Zeit, in der Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit mehr denn je gebraucht werden, sendet dies ein falsches Zeichen. Es braucht mehr Anstrengungen für den Frieden statt immer neue Kriegsgeräte.

Weltweit sind 136 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen und über 65 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Angesichts dessen ist es nicht nachvollziehbar, dass die Bundesregierung im Haushaltsjahr 2018 weniger Mittel für humanitäre Hilfe bereitstellt, als 2017 de facto ausbezahlt wurden. Die humanitären Hilfsorganisationen müssen bei ihrer wichtigen Arbeit auch finanziell stärker unterstützt werden. Es braucht höhere ungebundene Beiträge, z. B. für den UNHCR oder das Welternährungsprogramm, um den Organisationen zu ermöglichen, flexibler auf Krisen reagieren zu können. Das Versprechen, 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung im Kampf gegen die weltweite Armut und Ungleichheit bereitzustellen, muss dauerhaft eingelöst werden. Denn Strukturen vor Ort, wie Gesundheits- oder Bildungsinfrastruktur, sind ein wichtiger Faktor, um Gesellschaften und Länder zu stabilisieren und Entwicklungschancen möglich zu machen.

In einer Situation, in der kein Etat im Bundeshaushalt derart für den laxen Umgang mit Steuergeldern steht wie der Verteidigungsetat, werden weitere zusätzliche Gelder die aktuellen Probleme der Bundeswehr nicht lösen. Dies gilt im Besonderen, wenn mit weiteren Ausgaben für das Militär primär ein NATO-Prozent-Ziel erfüllt werden soll, dessen Höhe sich nicht aus konkreten Bedarfen ergibt, sondern eine willkürliche politische Festlegung ist. Fehlplanungen, unsinnige Rüstungsprojekte, die teilweise nicht mehr sind als Wahlkreisgeschenke, sowie mangelndes Controlling – das sind die Probleme der Bundeswehr. Dr. Ursula von der Leyen muss endlich ihren Job machen und nach vier Jahren der Diagnose unter Beweis stellen, dass ihr Haus mit Geld umgehen kann. Allein das Festhalten an der nuklearen Teilhabe und der Beschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen verschlingt dreistellige Millionenbeträge, die eingespart werden könnten. Denn angesichts der vielen globalen Krisen und Herausforderungen müssen im Haushalt mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit, die zivile Krisenprävention, die humanitäre Hilfe und für den internationalen Klimaschutz bereitgestellt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- Kinderarmut durch eine entschlossene Weiterentwicklung des Kinderzuschlags im Umfang von 4 Mrd. Euro zu bekämpfen und dabei vor allem weitreichende Komponenten zur Stärkung von Alleinerziehenden vorzusehen;
- ein bedarfsgerechtes Angebot und bestmögliche Förderqualität in der Kindertagesbetreuung anzustreben und hierzu die Länder und Kommunen nach einer einjährigen Anschubphase mit jährlich 3 Mrd. Euro zu unterstützen;
- die Arbeitsförderung mittels einer auskömmlichen Jobcenter-Finanzierung mit 1 Mrd. Euro zu stärken und zur Teilhabesicherung einen sozialen Arbeitsmarkt auf Basis eines Passiv-Aktiv-Transfers mit zusätzlich 600 Mio. Euro einzuführen, Regelsätze fair zu berechnen und hierfür 1,5 Mrd. Euro mehr einzuplanen, das

Bildungs- und Teilhabepaket um 590 Mio. Euro auszuweiten und eine Garantierente für langjährig Versicherte mit 300 Mio. Euro im ersten Jahr und dann aufwachsend einzuführen;

- die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung als wichtige Zukunftsinvestitionen in einer innovativen, weltoffenen und durchlässigen Gesellschaft mit Blick auf das 10,5-Prozent-Ziel zu steigern und insbesondere ein Berufsschul-Programm mit 500 Mio. Euro aufzusetzen, die Weiterbildungsförderung um 200 Mio. Euro zu erhöhen, das BAföG mit 470 Mio. Euro und den Hochschulpakt mit 240 Mio. Euro zu stärken sowie nachhaltige bahnbrechende Innovationen besser zu fördern und Forschung für den Wandel für die sozial-ökologische Modernisierung zu unterstützen;
- die Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf 2 Mrd. Euro zu erhöhen und ein Sofortprogramm der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit mit einem Gesamtvolumen von 3 Mrd. Euro aufzulegen, mit dem der Bund wieder in die soziale Wohnraumförderung einsteigt und innerhalb der kommenden zehn Jahre für die Schaffung von einer Million neuer bezahlbarer Wohnungen sorgt;
- das Baukindergeld wird wegen seiner verheerenden Preis- und Mitnahmeeffekte gestrichen, die eingesparten Mittel sind in Programmen für Faire Wärme und sozialen Wohnungsbau besser angelegt. Käuferinnen und Käufer von Wohneigentum sollen durch das Bestellerprinzip und einer Deckelung der Maklercourtage sowie einer Erhöhung der Wohnungsbauprämie entlastet werden;
- klima- und umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen, die sich nach Erhebungen des Umweltbundesamtes auf über 50 Mrd. Euro pro Jahr belaufen, konsequent abzubauen sowie die kurz- bis mittelfristigen Minderausgaben bzw. Steuermehreinnahmen von mindestens 10 Mrd. Euro pro Jahr direkt in den Klimaschutz zu investieren;
- das Bundesprogramm Biologische Vielfalt auf 50 Mio. Euro jährlich aufzustocken und auf diesem Niveau zu verstetigen sowie einen nationalen Wildnisfonds in einer Gesamthöhe von 500 Mio. Euro zur Unterstützung der Länder bei der Erreichung der Wildnisziele einzuführen;
- ein Aktionsprogramm Faire Wärme aufzulegen, um die internationalen Klimaziele Deutschlands zu erfüllen und das 1,5-Grad-Limit von Paris einzuhalten. Dabei werden die im Energie- und Klimafonds liegengelassenen Mittel verwendet, um die steuerliche Förderung für selbstnutzende Eigentümerinnen und Eigentümer bei Maßnahmen zur energetischen Sanierung ihrer Wohnungen und Häuser einzuführen sowie Subventionen von Öl- und Gasheizungen über das Gebäudesanierungsprogramm baldmöglichst einzustellen.
- im Bereich Verkehr den Straßenneubau auf Projekte zu beschränken, die keine negative Klima- und Verlagerungswirkung erzeugen, hierdurch freiwerdende Mittel in die Verkehrswende zu investieren und hierbei insbesondere die Verkehrswende in den Städten u. a. mit einem Lastenradförderprogramm mit einem Volumen von 1 Mrd. Euro zu fördern, die Mittelansätze für den Schienenausbau um 200 Mio. Euro zu verstärken und mit einem „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ die Mittel für den ÖPNV um 1 Mrd. Euro pro Jahr zu erhöhen;
- die Mittel für die Integrationskurse, die Migrationsberatung, die Erstorientierungskurse sowie die niedrigschwelligen Kursangebote für Frauen bedarfsgerecht um 225 Mio. Euro zu erhöhen, um allen Geflüchteten den Zugang zu Sprachangeboten und Alphabetisierung zu ermöglichen, sowie die Qualität von Asylverfahren durch den Aufbau einer flächendeckenden, unentgeltlichen, fachlich qualifizierten und unabhängigen Asylverfahrensberatung mit Finanzmitteln von mind. 54 Mio. Euro zu finanzieren;
- um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen, die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit mit 553 Mio. Euro und humanitäre Hilfe mit 500 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich zu

stärken, die ressortgemeinsam bewirtschafteten Mittel für zivile Krisenprävention auf insgesamt 210 Mio. Euro zu erhöhen, die multilaterale Zusammenarbeit auszubauen, die Zivilgesellschaft zu unterstützen und die Diplomatie auch personell zu stärken;

- die internationalen Zusagen Deutschlands beim internationalen Klimaschutz einzuhalten und dafür pro Jahr zusätzlich 800 Mio. Euro in den internationalen Klimaschutz zu investieren und im Jahr 2020 mindestens 8 Mrd. Euro an öffentlichen Geldern für diesen zur Verfügung zu stellen;
- einen unbürokratischen Steuerbonus für KMU für mehr Innovation durch Forschung mit einem Bundesanteil von 350 Mio. Euro und ein Gründungskapital für Neugründerinnen und Neugründer sowie Nachfolgerinnen und Nachfolger in Höhe von 300 Mio. Euro einzuführen, damit die Wirtschaft innovativer, nachhaltiger und wettbewerbsfähiger wird;
- eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Digitalstrategie vorzulegen, die unter Beteiligung der Öffentlichkeit und mit klaren Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung stetig weiterentwickelt wird, sowie die dringend notwendigen Investitionen in sichere digitale Infrastrukturen, in gute IT-Sicherheit, neue E-Gouvernement-Angebote und eine den stetig gestiegenen Herausforderungen des digitalen Wandels gerecht werdende Ausstattung der Aufsichtsbehörden sicherstellt.

Berlin, den 2. Juli 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion